

## Protokoll 01/2017

### Grosser Gemeinderat von Zug

Sitzung vom Dienstag, 24. Januar 2017, 17.00 – 18.50 Uhr, Kantonsratssaal,  
Regierungsgebäude, Zug

### Begrüssung, Entschuldigungen und Trakandenliste

**Ratspräsident Hugo Halter** eröffnet die erste Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr, begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelt Gäste und wünscht allen ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder Eliane Birchmeier, Martin Eisenring, Christoph Iten, Jürg Messmer, Isabelle Reinhart, Willi Vollenweider und Ignaz Voser; die übrigen 33 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

**Ratspräsident Hugo Halter** geht ohne Intervention aus dem Rat davon aus, dass dieser allfälligen Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung stillschweigend zustimmt.

### Ergebnis:

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

**Ratspräsident Hugo Halter** verzichtet aus Gründen eines möglichst straffen Ratsbetriebs auf weitergehende Ausführungen zum Sitzungsablauf. Er hat anlässlich seiner Wahl vom 13. Dezember 2016 entsprechende Vorstellungen und Wünsche bereits deponiert.

**Nr. Traktandum**

1.	Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 11 vom 13. Dezember 2016
2.	Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3.	Vereidigung von Anna Spescha, SP, Mitglied GGR (Nachfolgerin von Louis Bisig)
4.	Wahl eines Mitgliedes der Bau- und Planungskommission (Nachfolge Louis Bisig)
5.	Reglement über die Benützung der öffentlichen Anlagen; 1. Lesung Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2420 vom 29. November 2016 Einsetzung einer Spezialkommission
6.	Interpellation SVP-Fraktion vom 16. August 2016: Jahresbericht der Energiekommission - schludrig und fehlerhaft! Antwort des Stadtrates Nr. 2419 vom 22. November 2016
7.	Alterszentrum Herti: Sanierung Küche und Lüftung; Baukredit Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2414 vom 25. Oktober 2016 Bericht und Antrag der BPK Nr. 2414.1 vom 5. Dezember 2016 Bericht und Antrag der GPK Nr. 2414.2 vom 19. Dezember 2016
8.	Motion Michèle Kottelat und Silvan Abicht, beide glp, vom 11. September 2015 betreffend Versuch „Tempo 30“ auf der Achse Casino-Gubelstrasse
9.	Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 28. Mai 2015 betreffend Belebung Arenaplatz Antwort des Stadtrats Nr. 2422 vom 20. Dezember 2016
10.	Mitteilungen

## 1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 12 vom 13. Dezember 2016

### Zur Traktandenliste:

Zur Traktandenliste wird das Wort nicht verlangt.

### Ergebnis:

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen und somit die Traktandenliste stillschweigend genehmigt ist.

### Zum Protokoll Nr. 12 vom 13. Dezember 2016:

**Philip C. Brunner:** Heute wird das Traktandum 6, Interpellation SVP-Fraktion betr. Jahresbericht der Energiekommission, behandelt. Es ist super, dass die gezeigten Folien farbig nochmals präsentiert werden. Sie können auch im Internet entsprechend abgerufen werden. So stellt sich Philip C. Brunner ungefähr den öffentlichen Schriftverkehr dieser Stadt vor.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

### Ergebnis:

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach das Protokoll stillschweigend genehmigt ist.

## 2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

### Motionen und Postulate

Keine

### Interpellationen

#### Interpellation FDP-Fraktion: Ist Zug attraktiv für moderne Geschäftsmodelle?

Mit Datum vom 14. Dezember 2016 haben die Gemeinderäte Rainer Leemann und Stefan Moos mit Mitunterzeichnenden namens der FDP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

“Mit grosser Freude haben wir vernommen, dass nun auch in Zug teilweise Fahrer von Uber aktiv sind. Dies ist ein guter Start und diese Angebote für günstigere Fahrten (oder auch Wohnvermittlung) sollen ausgebaut werden. Die Aussenwirkung betreffend Bitcoin war leider einmalig und von kurzer Dauer. Diese Innovationskraft gilt es weiterhin aufrecht zu halten. Da auch die Vermittlungstätigkeit via App/Website in verschiedenen Branchen fortschreitet, möchten wir, dass die Stadt auch hier in der „Sharing Economy“ eine Vorreiterrolle einnimmt.

Darum stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen und danken für die schriftlichen Antworten:

#### Uber

- Inwiefern unterscheiden sich die gesetzlichen Auflagen zwischen Uber und einem Taxibetrieb? - Welche Reglemente, Auflagen, usw. können für Taxibetriebe abgeschafft werden, damit diese günstiger arbeiten können?
- Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass man lieber Reglemente streicht oder verkürzt anstatt einen Service oder gar eine ganze Branche zu verbieten? - Gibt es Ansätze dazu, dass Apps, wie beispielsweise Uber, Fahrtenschreiber gleichgestellt werden, da der Fahrer dank diesen Apps noch genauer als bei Fahrtenschreibern beobachtet werden kann?

#### Internetdienste allgemein

- Findet der Stadtrat, dass die „Sharing Economy“ unserer Stadt einen Mehrwert bringen kann, indem die Konkurrenz belebt wird oder gefährdet die Existenz dieser Anbieter die bestehenden Angebote?
- Will der Stadtrat in diesem Bereich eine Pionierrolle (wie bei Bitcoin) einnehmen und die Anbieter der „Sharing Economy“ möglichst bald fördern?

Wir sind uns bewusst, dass die Stadt hier einige Abklärungen zu treffen hat, welche allenfalls sogar mit anderen Ebenen abgesprochen werden müssen. Jedoch schätze ich auch hier die Innovationskraft der Stadt, und mit der Beantwortung sind Vorarbeiten gemacht, damit für alle gleich wenige Gesetze gelten.“

#### Interpellation FDP-Fraktion: Elektromobilität - Ladestationen in der Stadt Zug

Mit Datum vom 14. Dezember 2016 haben die Gemeinderäte Mathias Wetzel und Stefan Moos mit Mitunterzeichnenden namens der FDP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

“Unbestrittenermassen nimmt die Elektromobilität auch im Kanton und in der Stadt Zug laufend zu. Nicht zuletzt wird auch das Bewusstsein für alternative Fahrzeugantriebe den Absatz neuer Elektrofahrzeuge (Elektroautos, Plug-in-Hybride, Elektroroller, Elektrofahrräder etc.) oder anderer Mobilitätsformen fördern. Aktuell befinden sich zwei öffentliche Ladestationen für Elektroautos auf städtischem Grund (Zugerbergstrasse und Bundesplatz). Jedoch sucht man in der Energiestadt Zug sowohl in den Parkhäusern für Elektroautos und Plug-in-Hybride wie auch oberirdisch für Elektrowelos und Elektroroller vergebens nach öffentlichen Ladestationen. Ein Blick über die Gemeindegrenze in das Zugerland Steinhausen (vier Ladestationen für Elektroautos und acht Sta-

tionen für Zweiräder) genügt, um zu erkennen, dass die Stadt Zug bezüglich öffentlichen Ladestationen hinterherhinkt. Mit den Parkhäusern Neustadtplatz, Altstadt-Casino, Frauensteinmatt und Arena betreibt die Stadt Zug bereits heute vier grosse Parkhäuser und mit dem Neubau des Postplatz Parkhauses (Pensionskasse der Stadt Zug) kommt noch ein weiteres hinzu, welches öffentlich genutzt werden kann. Der Grossteil dieser Parkhäuser wurde erst in den letzten Jahren erstellt oder umgebaut respektive renoviert. Auch oberirdisch verfügt die Stadt über diverse öffentliche Parkmöglichkeiten.

In diesem Zusammenhang stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Welche Erfahrungen mit Ladestationen konnten in der Stadt Zug sowie den umliegenden Gemeinden bisher gemacht werden?
2. Welche Finanzierungsformen für solche Ladestationen gibt es (private Sponsoren, Ladegebühr etc.) und welche wird in der Stadt Zug derzeit verfolgt?
3. Wurden bei den Neu-, Renovations- und Umbauarbeiten der verschiedenen Parkhäuser bereits Parkplätze für Elektroautos und Plug-in-Hybride vorgesehen und die nötigen Installationen (Stromanschlüsse etc.) vorbereitet und die Leitungen zu den einzelnen Parkplätzen gezogen? Falls Nein, wieso wurde dies unterlassen?
4. Strebt die Stadt Zug in naher Zukunft an, das Netz der Ladestationen unter- und oberirdisch zu erweitern? Falls Ja, in welchem Zeitraum, an welchen Standorten und für welche Fahrzeugarten?
5. Führt die Stadt Zug in diesem Bereich Gespräche mit privaten Anbietern und Betreibern (z.B. Green Motion AG, Clever Grid GmbH, Tesla, swisscharge.ch, WWZ etc.) für weitere Ladestationen?

Neben dem positiven ökologischen Aspekt kann durch eine grössere Verfügbarkeit an Ladestationen die Attraktivität der Stadt Zug und des Gewerbes gesteigert werden, wenn das Fahrzeug beispielsweise während dem Einkauf, dem Konzertbesuch im Casino oder einem Restaurantbesuch aufgeladen werden kann.

Wir danken dem Stadtrat für die schriftliche Beantwortung der vorliegenden Fragen.“

### **Interpellation SVP-Fraktion betreffend Referenzprüfungen an den Stadtschulen Zug**

Mit Datum vom 23. Januar 2017 hat Gemeinderat Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

“Offenbar gibt es bei den Lehrpersonen betreffend der Notengebung immer wieder Diskussionen. Ist man zu streng oder eher zu lasch? Bei Anfragen von Lehrpersonen der MS II (Mittelstufe II) verweist die Übertritts-Kommission auf die vorhandenen Standardaufgaben, welche man mit den SuS machen soll. Mit diesen Aufgaben können die MS II Lehrpersonen jedoch wiederum nur die eigene Klasse prüfen. Denn es gibt keinen Vergleich mit anderen Klassen oder gar mit anderen Schulhäusern. Zudem sind diese Prüfungen aus dem Jahre 2003. Die Willkür der Niveauzuteilung ist gross und für die MS II Lehrpersonen ist die jetzige Situation in Zug unbefriedigend und eine grosse Belastung, weil keine Referenzwerte vorhanden sind. Einerseits sind die Quoten für das Gymnasium stetig wachsend und sollten möglichst klein gehalten werden, andererseits wächst der Druck der Eltern, welche ihre Kinder in ein möglichst hohes Niveau bringen wollen. Dies kann bei den Lehrpersonen dazu führen, dass sie auf die MS I (Mittelstufe I) oder gar auf die US (Unterstufe) wechseln, um dem Druck des Übertritts zu entgehen. Im Gegensatz zu Zug werden in den Kantonen Aargau und Bern in der 6.Klasse Vergleichsarbeiten durchgeführt. (Eventuell auch in anderen Kantonen?) Diese werden stärker gewichtet als eine andere Prüfung. Sie geben der Lehrperson für den Übertritt aber eine Vergleichsmöglichkeit und dadurch eine Sicherheit ihrer Bewertung. Aufgrund der vorgängigen Aufführungen stellen wir dem Stadtrat die folgenden Fragen:

1. Kennt der Stadtrat die in den Kantonen Bern und Aargau verwendeten Vergleichsarbeiten?

2. Kann sich der Stadtrat die Einführung einer solchen Vergleichsprüfung vorstellen? Wenn nein, warum nicht?
3. Ist dem Stadtrat bekannt, dass es in den einzelnen Schulhäusern ein massives Leistungsgefälle gibt.
4. Wie sind die Übertrittsquoten der einzelnen Schulhäuser an die Real/Sek und Kantonsschule? Bitte detailliert aufführen über einen Zeitraum von fünf Jahren.
5. Wie viele Lehrpersonen haben in den vergangenen fünf Jahren von der MS II auf die MS I oder US gewechselt?
6. Wie stark ist die Abwanderung von Lehrpersonen MS II in der Stadt Zug? Kennt der Stadtrat die Gründe für diese Abwanderung?

Wir danken dem Stadtrat für die schriftliche Beantwortung unserer Fragen.“

**Ratspräsident Hugo Halter:** Der Interpellanten aller drei Interpellationen verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

### **3. Vereidigung von Anna Spescha, SP, Mitglied GGR (Nachfolgerin von Louis Bisig)**

**Ratspräsident Hugo Halter:** An der letzten Sitzung vom 13. Dezember 2016 gab Louis Bisig seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat bekannt. Ratspräsident Hugo Halter dankt Louis Bisig an dieser Stelle nochmals für seine kollegiale und kompetente Arbeit und sein Wirken im Grossen Gemeinderat. Anna Spescha hat sich bereit erklärt, ab sofort für ihre Partei im GGR tätig zu sein. Ratspräsident Hugo Halter freut sich, Anna Spescha als neue und junge Ratskollegin in diesem Rat aufzunehmen. Damit das neue Ratsmitglied berechtigt ist, an den Verhandlungen des GGR teilzunehmen muss Anna Spescha formell das Gelöbnis ablegen oder den Eid leisten.

**Stadtschreiber Martin Würmli** liest die Gelöbnisformel vor.

**Anna Spescha** antwortet mit den Worten: Ich gelobe es.

**Ratspräsident Hugo Halter:** Anna Spescha ist ab sofort berechtigt, an den Verhandlungen und Abstimmungen des Grossen Gemeinderates aktiv teilzunehmen. Ratspräsident Hugo Halter wünscht ihr im Namen des Grossen Gemeinderates und der Bevölkerung der Stadt Zug viel Freude in ihrem neuen und würdigen Amt und heisst sie im Rat herzlich willkommen.

#### **4. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Planungskommission (Nachfolge Louis Bisig)**

**Urs Bertschi** nominiert namens der SP-Fraktion Karin Hägi als neues Mitglied in die Bau- und Planungskommission.

Es erfolgen keine weiteren Nominationen.

#### **Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter:** Nachdem keine weiteren Nominationen erfolgt sind, ist Gemeinderätin Karin Hägi als neues Mitglied der Bau- und Planungskommission gewählt. Ratspräsident Hugo Halter gratuliert Karin Hägi und wünscht ihr viel Erfolg in dieser spannenden Kommission.

## 5. Reglement über die Benützung der öffentlichen Anlagen; 1. Lesung Einsetzung einer Spezialkommission

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2420 vom 29. November 2016

**Ratspräsident Hugo Halter:** In seinem Bericht und Antrag schlägt der Stadtrat vor, eine Spezialkommission einzusetzen. Das Büro GGR beantragt ebenfalls gemäss § 15 Abs. 2 GSO, eine solche Spezialkommission einzusetzen. Diese besteht aus sieben Mitgliedern. Gemäss Berechnung der Sitzverteilung verfügen die FDP und SVP über je zwei Sitze, die SP, CVP und Alternative-CSP je über einen Sitz.

Zum Antrag des Büros GGR wird das Wort nicht verlangt.

### Abstimmung

über den Antrag des Büro GGR für die Einsetzung einer Spezialkommission:  
Für die Einsetzung einer Spezialkommission stimmen 32 Ratsmitglieder.

### Ergebnis:

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass der GGR mit 32 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrs die Einsetzung einer Spezialkommission beschlossen hat.

**Ratspräsident Hugo Halter:** Von den Fraktionen wurden vorgängig folgende Personen vorgeschlagen:

SVP-Fraktion:	Bruno Zimmermann und Martine Meng
FDP-Fraktion:	Rainer Leemann und Mathias Wetzel
SP-Fraktion:	Barbara Gysel
CVP-Fraktion:	Richard Rüegg
Fraktion Alternative-CSP	Astrid Estermann

### Ergebnis:

**Ratspräsident Hugo Halter:** Nachdem keine weiteren Nominationen erfolgen sind die genannten Personen stillschweigend als Mitglieder der Spezialkommission gewählt.

**Ratspräsident Hugo Halter:** Als Präsidentin/Präsident sind vorgeschlagen:

Astrid Estermann	Fraktion Alternative-CSP
Rainer Leemann	FDP-Fraktion

Es erfolgen keine weiteren Nominationen.

**Stefan Hodel** begründet, warum die Fraktion Alternative-CSP Astrid Estermann als die ideale Besetzung für das Präsidium als geeignet erachtet: Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass das Führen einer Spezialkommission doch recht anspruchsvoll sein kann. Die Fraktion Alternative-CSP freut sich sehr, dass Astrid Estermann sich für diese Aufgabe zur Verfügung stellt. Astrid Estermann ist seit 2003 im Grossen Gemeinderat, sie ist ausgebildete Juristin, hat Führungserfahrung, ist interessiert am Thema - das hat sie mit ihrer Interpellation zur Belebung des Arenaplatzes gezeigt - und sie hat Erfahrungen in städtischen Kommissionen (sie war in der BPK). Astrid Estermann wird es gelingen, die neu gebildete Kommission innert nützlicher Frist zielgerecht zu führen. Nachdem nun sämtliche Präsidenten und Vizepräsidenten in diesem

Grossen Gemeinderat Herren sind, würde es sich vielleicht gut machen, auch einmal eine Frau in das Präsidium zu wählen.

**Philip C. Brunner:** Die SVP-Fraktion unterstützt Rainer Leemann als Präsident der Spezialkommission aus folgenden Gründen: In diesem GGR gibt es zwei Kommissionen. Die Bau- und Planungskommission wird präsiert vom SP-Vertreter Urs Bertschi, die Geschäftskommission von SVP-Gemeinderat Philip C. Brunner. Die grösste Fraktion dieses Rates ist mit 10 Mitgliedern die FDP. Das ergibt 25%, d.h. jedes vierte Ratsmitglied sitzt in der FDP. Es ist daher richtig, dass die FDP nach vielen Jahren wieder ein bisschen politische Verantwortung übernimmt. Sie hat das 2010 nach den Wahlen nicht mehr gemacht. Philip C. Brunner erinnert daran, dass die FDP beide Präsidien hatte. So waren BPK und GPK zumindest bis im Frühjahr 2009 in Händen der FDP. Später hat die CVP ausgeholfen mit Urs B. Wyss. Die SVP-Fraktion findet es daher richtig - und das ist nicht gegen Astrid Estermann persönlich oder generell gegen die Frauen gerichtet, sondern es ist eine Frage, wer in diesem Parlament Verantwortung trägt - dass die FDP ein bisschen Verantwortung trägt. Sie hat das einmal zwischendurch gemacht (Pensionskassenreglement). Nach Meinung von Philip C. Brunner soll nun die FDP einmal zeigen, was sie kann.

**Ratspräsident Hugo Halter:** Gemäss § 17 GSO erfolgt die Wahl der Kommission offen, sofern nicht ein Drittel der Anwesenden geheime Wahl verlangt.

Das Wort wird nicht verlangt.

#### **Abstimmung**

über die Wahl des Präsidiums der Spezialkommission betr. Reglement über die Benützung öffentlicher Anlagen:

Astrid Estermann, Fraktion Alternative-CSP, erhält	14 Stimmen
Rainer Leemann, FDP-Fraktion, erhält	17 Stimmen

#### **Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass Rainer Leemann mit 17 Stimmen zum Präsidenten der Spezialkommission gewählt ist. Ratspräsident Hugo Halter gratuliert Rainer Leemann zu seiner Wahl und wünscht ihm und der Kommission viel Erfolg.

## 6. Interpellation SVP-Fraktion vom 16. August 2016: Jahresbericht der Energiekommission - schludrig und fehlerhaft!

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrates Nr. 2419 vom 22. November 2016

**Philip C. Brunner** ist etwas erstaunt über die Platzierung dieser Interpellationsantwort auf der Traktandenliste, ist es doch sicher nicht das wichtigste Geschäft des heutigen Tages. Präsident Hugo Halter hat aber eine effiziente Arbeitsweise, und Pendenzen aus dem vergangenen Jahr werden sukzessive aufgearbeitet. Philip C. Brunner dankt dem Stadtrat für die Beantwortung herzlich. Man hat sich dabei grosse Mühe gegeben. In der gebotenen Kürze möchte Philip C. Brunner nicht auf jedes Detail eingehen, hat aber heute nochmals die Energieberichte studiert. Es ist in der Tat so: sie wurden alle neu formatiert und in einem bestimmten CI lückenlos von 2009 bis 2015 aufgeschaltet. Das ist sehr gut und wunderbar. Warum hat die SVP-Fraktion diese Interpellation eingereicht? Man kann sagen, es sei Schulmeisterei. Irgendwo hat ein Mitglied des Parlamentes im Internet irgendeinen alten Bericht gefunden, spielt jetzt den Schulmeister und korrigiert. Es ist nicht so, dass Philip C. Brunner wie auch die SVP-Fraktion keine Fehler machen. Die Post war einmal Merkmal eines funktionierenden Service public. Was geblieben ist, das sind 4,5 Poststellen im Kanton Zug. Es gab einmal eine funktionierende SBB mit vielen Mitarbeitenden. Sie wurde verglichen mit einer gut laufenden Uhr. Heute haben die Manager übernommen und haben ganz andere Ziele als den Service public. Die Stadt Zug ist auch ein Erbringer von öffentlichen Dienstleistungen in mannigfacher Hinsicht. Die Stadt Zug ist jetzt in einer Phase, wo die Hochsparphase etwas gelockert werden kann. Sie hat aber eine Gegenleistung zugut. Diese Gegenleistung ist für den Bürger relativ schwierig zu fassen. Der Bürger kann die Stadtverwaltung selber schlecht beurteilen. Das Internet ist eine Möglichkeit, die er hat. Er erwartet Qualität, Zuger Qualität, Stadtzuger Qualität. Vieles, was die Stadtverwaltung täglich macht, macht sie sehr gut. Philip C. Brunner denkt dabei beispielsweise an den Winterdienst des Werkhofes oder andere unangenehme Sachen wie z.B. öffentliche WCs. Wenn man die Kommunikationsabteilung anschaut, die immer alles in den wunderbarsten Farben darstellt, dann stimmt es eben nicht. Es ist das Bestreben der SVP-Fraktion, die Qualität dieser Stadt zu erhalten. Der Bürger hat ein Recht darauf. Es geht hier aber nicht darum, Leute zu diffamieren. Etwas hat Philip C. Brunner aber durchaus beschäftigt: Er hat diese Energieberichte gelesen, den letzten zuerst. Bei Martina Hüsler wurde eine neue Berufsgattung erfunden lautend „Architektin“. Das war im Bericht 2015. Der gleiche Fehler war bereits in den Berichten von 2010 (Eintritt von Martina Hüsler) bis 2014 enthalten. Es wurde also einfach abgeschrieben und niemand hat es angeschaut. Philip C. Brunner ist dieser Fehler zufällig aufgefallen. In der papierenen Form ist es sicher gelungen, eine Verbesserung hinzubringen. Bei den Mitgliedern der Kommission hat es auch im Internet viel Verbesserungspotential. Von vielen Leuten weiss man den Namen, jedoch weder die Funktion noch den Beruf oder eine Adresse. Philip C. Brunner hofft nun, dass die geschätzte Kommunikationsabteilung, die beschäftigt ist, jeden Baumschnitt zu kommentieren und zu erklären, sich auch einmal um den Auftritt dieser Stadt bemüht. Der Energieteil ist durchaus vorbildlich, wie auch in der Antwort steht. Bei den allgemeinen Personalien ist aber viel Verbesserungspotential vorhanden. Philip C. Brunner dankt dem Stadtrat für die Umsetzung.

**Werner Hauser** beantragt Diskussion.

**Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen ist.

**Werner Hauser:** Nach dem Studium des Jahresberichtes 2015, der SVP-Interpellation und des Berichtes bezüglich der Interpellation sowie des Energiereglements vom 23. November 2010 gibt es anstelle von klärenden Antworten eher zusätzliche Fragen. Sicher könnte man in administrativer Hinsicht einige Punkte bemängeln, was den Interpellanten nicht abzusprechen ist, so wie die publizierten Zahlen, die mathematisch nicht korrekt sind. Ansonsten ist der Tätigkeitsbericht der Energiekommission sehr informativ und zeigt, wo die Steuergelder eingesetzt werden. Dies entspricht auch den Vorgaben des Energiereglements unter § 8 Ziffer 5. Bezüglich der ausgewiesenen Resultate ist der Bericht sehr global abgefasst und erwähnt das Kyoto-Protokoll und die Zielsetzungen des Bundes. Auch der Energieverbrauch der Stadt Zug wird als Total ausgewiesen und nicht als Verbrauch pro Kopf dargestellt. Exogene Einflüsse werden gar nicht erwähnt, zum Beispiel: Trockenperioden, Infrastrukturausbauten oder Bevölkerungswachstum. Auf Seite 6 des Berichtes wird mitgeteilt, dass durch Dämmung von Gebäuden eine enorme Reduktion des Energieverbrauches erzielt werden kann. Nachträgliche Messungen und Auswertungen fehlen. Nun hat Werner Hauser doch noch einige Fragen oder Anmerkungen:

- Hat es in diesem Projekt nicht gravierende Doppelspurigkeiten mit dem Kanton?
- Ist dieses Projekt noch zeitgemäss? Denn die Bevölkerung selbst ist nicht gewillt, Energie unnötig zu verschleudern.
- Sind die finanziellen Mittel richtig eingesetzt?
- Ist das Teilprojekt „Dopplet oder nüt“ sinnvoll - die Rückvergütung von 20 Rappen pro Kilowattstunde - oder wird es nur ein Papiertiger? Werner Hauser benötigt pro Jahr 376 Kilowatt Strom zu CHF 0.30. Das sind CHF 116.28. Werden 20% bzw. 25 Kilowatt eingespart, ergibt dies eine Rückvergütung von CHF 5.00. Dafür müsste ein schriftlicher Antrag gestellt und ein Kuvert mit CHF 1.00 frankiert werden. Die Stadt müsste das prüfen. Das ist schlicht ein Papierunsinn.
- Werden die Beiträge richtig verteilt? Im Reglement ist im § 5 und unter der Ziffer 4 folgendes bezüglich der Beiträge erwähnt: Keine Beiträge erhalten öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten sowie Unternehmungen, die von der öffentlichen Hand beherrscht werden oder an denen die öffentliche Hand massgeblich beteiligt ist.

Bestimmt gäbe es hierzu noch einige Fragen, die Werner Hauser aber nun im Raum stehen lässt. Somit nimmt er die Interpellationsbeantwortung zur Kenntnis und verdankt den Bericht.

**Stadtrat Urs Raschle** bedankt sich vorerst für die positive Aufnahme der Antwort. Gerne gibt er zu den aufgeworfenen Fragen noch einige kurze Antworten: Die Frage nach Doppelspurigkeiten mit dem Kanton ist durchaus berechtigt. Seit gut zwei Jahren gibt es absolut grosse Unterschiede. Die Stadt Zug bezahlt die Gelder noch aus, wobei zu erwähnen ist, dass die Nachfrage solcher Projekte zurzeit stark abnimmt. Man sieht das auch wieder bei der Jahresrechnung 2016. So konnten bereits zum zweiten Mal nicht alle Gelder ausbezahlt werden, da gar nicht so viele Projekte eingereicht werden. Beim Kanton scheint dies aber noch weniger der Fall zu sein. Da läuft das Programm inzwischen auch aus. So wie es im Moment ausschaut, gibt es keine Fortsetzung. „Dopplet oder nüt“ wurde angesprochen. Stadtrat Urs Raschle ist sich im Klaren, dass diese Aktion auch etwas ausgelöst hat, und das war das Ziel. Denn gerade im letzten Jahr musste festgestellt werden, dass zu wenige Projekte vorliegen, um auch alle finanzieren zu können. Zudem stellte Stadtrat Urs Raschle fest, dass immer mehr oder weniger die gleichen Partner diese Gelder abgeholt haben. Dabei handelte es sich um keine öffentlichen oder öffentlich-rechtliche Anstalten, sondern vor allem Privatpersonen. Aber es war ein kleiner Kreis von Privatpersonen, welcher eben dieses Angebot genützt hat. Deshalb wollte der Stadtrat das Ganze öffnen und der gesamten Bevölkerung diese Chance auch geben. Da hat die Energiekommission entschieden, dies über die Aktion „Dopplet oder nüt“ zu machen. So kann Jedermann schauen, wie er mit dem Strom umgeht. Das Resultat ist höchst spannend und hat der Verwaltung sehr viel Arbeit gebracht: Ganze zwei Einträge sind eingegangen. Die Stadt musste CHF 80.00 bezahlen. Man kann sich vorstellen,

was die Energiekommission gerade an der letzten Sitzung entschieden hat: Dieses Projekt ist jetzt gestorben. Es war aber doch ein sehr interessanter Versuch und hat gezeigt, welche Bedeutung die Stromrechnung für die Zugerinnen und Zuger wirklich hat, nämlich keine. Nun weiss man dies und kann auch entsprechende Massnahmen ergreifen. Stadtrat Urs Raschle nimmt auch die Punkte von Philip C. Brunner und lässt diese einfließen in den neuen Bericht über das Jahr 2016, welcher bald folgt. Stadtrat Urs Raschle ist überzeugt, dass dieser mit noch mehr Interesse studiert wird.

**Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass die Interpellation SVP-Fraktion vom 16. August 2016: Jahresbericht der Energiekommission - schludrig und fehlerhaft! beantwortet ist und somit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

## **7. Alterszentrum Herti: Sanierung Küche und Lüftung; Baukredit**

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2414 vom 25. Oktober 2016

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2414.1 vom 5. Dezember 2016

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2414.2 vom 19. Dezember 2016

**Die Gemeinderäte Stefan Moos, Roman Burkard und Daniel Blank befinden sich im Ausstand.**

### **Eintreten**

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

### **Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt wird und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### **Detailberatung**

**Urs Bertschi, Präsident Bau- und Planungskommission:** Die Bau- und Planungskommission hat diesem Baukredit mit 8:1 Stimmen zugestimmt. Zwei Kommissionsmitglieder befinden sich als direkte Auftragnehmer in diesem Bauvorhaben im Ausstand. Dies ist auch der Grund, weshalb heute gleich drei Mitglieder dieses Rates aus derselben Fraktion den Saal verlassen haben. In der BPK wurde dieser Baukredit relativ intensiv diskutiert. Grundsätzlich verweist dazu Urs Bertschi auf Bericht und Antrag. Faktisch hat die BPK der Analyse des Fachplaners in Bezug auf diese Sanierung wenig entgegen zu setzen. Der Zahn der Zeit nagt schon länger an diesem Alterszentrum und insbesondere auch an diesen Einrichtungen. Urs Bertschi war bei der Besichtigung etwas überrascht, in welchem unhygienischen Zustand sich die Abwaschecke befindet. Immerhin hat man es hier mit einem Alterszentrum zu tun, das ähnlich wie ein Spital sehr hygienisch arbeiten sollte. Urs Bertschi fühlte sich fast etwas daran erinnert als das ehemalige Bauernhaus in der Bröchli - eine städtische Liegenschaft - besucht wurde. Das Alterszentrum Herti ist zwar keine städtische Liegenschaft. Urs Bertschi hat aber Zustände angetroffen, die er in städtischen Bauten und schon gar nicht in Alterszentren dieser Stadt antreffen möchte. Wenn das jetzt etwas polemisch daher kommt: es hat Urs Bertschi tatsächlich etwas irritiert. Zur Geschichte dieses Zentrums und den Eigentumsverhältnissen verweist Urs Bertschi auf Bericht und Antrag. Daraus resultiert, dass die Verantwortung für künftige Sanierungen nicht mehr bei der Stadt, sondern direkt bei den Alterszentren liegen wird. Dies dürfte - das hat man in der Vergangenheit offenbar versäumt - Auswirkungen auf die künftigen Heimtaxen haben, weil man entsprechende Rückstellungen bilden muss. Insofern wird es sich hier wohl um eine der letzten Verpflichtungen der Stadt gegenüber den Alterszentren handeln. CHF 16 Mio. Rückstellungen sind zurzeit noch vorhanden. Wie diese letztlich hier eingesetzt werden, wird sich noch weisen müssen und ist noch nicht definiert. Kritisiert wurde von der BPK die Ablaufplanung. Man war etwas irritiert, dass man nicht das Ganze schon en bloc angegangen ist, sondern den Lift usw. separat gemacht hat und flickwerkartig vorgegangen ist. Damit hat man eine gewisse Zeitbombe in Kauf genommen. Ob sich das letztlich auf die Kosten auswirken wird, das wird man wohl nicht erfahren.

**Philip C. Brunner, Präsident Geschäftsprüfungskommission,** schliesst sich den Äusserungen von Urs Bertschi an. Er dankt den Mitgliedern der BPK, dass die GPK an der Besichtigung teilnehmen durfte. Diese Möglichkeit wurde auch von einzelnen GPK-Mitgliedern genutzt. Philip C. Brunner entschuldigt sich sowohl beim Stadtrat wie auch beim GGR, dass es zu einer Verzögerung kam.

Die GPK ist daran „schuld“. Um den Zeitplan einhalten zu können, hätte die Vorlage anlässlich der Budgetsitzung beraten werden müssen. Die GPK hat dann aber die Möglichkeit gesehen, diese Beratung zu verschieben. Nun ist Druck auf dem Ventil, man muss Gas geben, damit das Baudepartement anfangs Mai die Arbeiten auch aufnehmen kann. Diese Verzögerung um zirka einen Monat hatte aber den Vorteil, konnte doch Philip C. Brunner im Sinne der GPK diverse Abklärungen beim Baudepartement tätigen. Dabei konnten verschiedene Fragen geklärt werden, insbesondere auch die Frage, warum eine Küche, die pro Tag rund 120 Mahlzeiten produziert, für CHF 2,7 Mio. umgebaut werden muss bzw. ob dies nicht etwas viel Geld ist. Die GPK konnte sich durch den Fachplaner informieren lassen, dass dieses Geld richtig und gut ausgegeben wird. In diesem Sinne beantragt die GPK einstimmig Eintreten und Zustimmung. Es geht bei diesem Kredit nicht nur um die Küche allein, sondern auch um diverse Haustechnik wie Lüftung usw. Der Betrag soll durch eine Entnahme aus den Rückstellungen gutgeschrieben und dem Finanzkonto 2085.02, Rückstellungen Sanierung AZZ, entnommen werden. Persönlich findet Philip C. Brunner es politisch sehr wichtig, dass dieses Geschäft heute einigermaßen schlank durchgeht. Es wäre ein Affront, wenn irgendjemand aus dem Rat kommt und mit irgendwelchen Argumenten einen Sperrriegel einschiebt. Auch aus diesem Grund bittet Philip C. Brunner um Zustimmung. Es ist im Interesse der Stadt. Das Projekt wurde schon sehr lange aufgeschoben. Andererseits ist aber auch zu erwähnen, dass in dieser Zeit der Betrag von CHF 1 Mio. auf die heutigen CHF 2,7 Mio. angestiegen ist. Die AZZ wurde lange hingehalten, und es ist gut, dass es jetzt passiert. Philip C. Brunner ersucht die Ratsmitglieder daher um Unterstützung dieses Geschäftes.

**Barbara Stäheli:** Eine Vorlage, die grundsätzlich viele Fragen aufwirft und auf die das Prädikat „Liebe auf den ersten Blick“ oder "bedenkenlose Zustimmung" sicher nicht zutrifft. Gründe dafür: Hohe Kosten, hoher zeitlicher Druck, vorgängig viele unbeantwortete Fragen und das unselige Wort „Investitionsstau“, welches dieser Rat schon mehrfach gehört und immer mit Missbilligung zur Kenntnis genommen hat. Die Küche und die Geräte haben ein stattliches Alter von 32 Jahren. Der Sanierungsbedarf wird aus diesem Grund nicht in Frage gestellt und ist auch seit längerem bekannt. Aber lange ging gar nichts und dann auf einmal hiess es los! Die GPK sollte dieses Geschäft quasi notfallmässig nach der Budgetdebatte am 21. November 2016 behandeln. Rückblickend wagt Barbara Stäheli zu sagen, wenn die Vorlage zu diesem Zeitpunkt behandelt worden wäre, hätte die GPK nicht ohne Gegenstimme der Vorlage zugestimmt oder diese gar abgelehnt. Daher braucht sich Philip C. Brunner für die entstandene Verzögerung von einem Monat nicht zu entschuldigen, sondern man müsste sich vielleicht eher bedanken für seine Hartnäckigkeit. Dank der Terminierung auf den 19. Dezember 2016 gab es für interessierte GPK Mitglieder und die BPK die Möglichkeit eines Augenscheins vor Ort, und dieser führte die Notwendigkeit der Küchensanierung und der Haustechnik den Anwesenden klar vor Augen. Die Frage, ob denn wirklich jedes Altersheim eine Frischküche braucht, konnte nachvollziehbar begründet werden, und dieses Vorgehen scheint die beste Lösung zu sein. Der eingeforderte Zwischenstopp hat sich auf jeden Fall gelohnt, nicht dass sich inhaltlich an der Vorlage etwas geändert hätte, aber offene Fragen konnten zufriedenstellend geklärt werden, und die SP-Fraktion erteilt der Vorlage das Prädikat "bedenkenlose Zustimmung", jedoch das Prädikat „Liebe auf den ersten Blick“ immer noch nicht.

**Peter Rütimann:** Mit einer Liegenschaft verhält es sich ähnlich wie mit einem Auto. Wenn man nicht in periodischen Abständen einen Service macht, läuft man Gefahr, dass irgendwann das Fahrzeug aufgrund mangelnder Wartung nicht mehr läuft. Auch bei einer Liegenschaft hat jedes Bauteil eines Gebäudes aufgrund seiner Eigenschaften eine bestimmte Lebensdauer. Nach über 30 Jahren hat die Küche im Alterszentrum Herti ihren Zenit überschritten und muss deshalb erneuert werden. Die betrieblichen Abläufe entsprechen nicht mehr den heutigen Standards und die hygienischen und energetischen Anforderungen können mit der bestehenden Infrastruktur nicht länger eingehalten werden. Der Eingriffssperimeter umfasst den gesamten Küchenbereich im

Erdgeschoss und die dazugehörigen Technik-, Lager- und Personalräume im Untergeschoss. Aufgrund der räumlichen Disposition innerhalb des Gebäudes können diese Bereiche problemlos autonom saniert werden. Von einem Flickwerk kann demzufolge keine Rede sein. Unter dem Aspekt der Werterhaltung bzw. der Nachhaltigkeit ist es legitim, ja sogar zwingend, die Küche im Alterszentrum Herti zu erneuern. Mit einer neuen Küche wird eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden erreicht und somit auch die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohnern gesteigert. Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates für den Baukredit zur Sanierung der Küche und Lüftung im Alterszentrum Herti einstimmig zu.

**Monika Mathers** ist überzeugt, dass nur wenige hier im Saal ihre Mahlzeiten in einer über 30-jährigen Küche zubereiten. Obwohl niemand hier, so glaubt Monika Mathers wenigstens, professionell kocht, und das erst noch für 120 Personen tagaus, tagein. Allein das ist schon ein Grund, die bald 33-jährige Küche im Alterszentrum Herti mit einer neuen, zeitgemässen zu ersetzen. Viele Geräte sind veraltet und sehr energieintensiv, Lüftung und Kühlung haben ihr Lebensalter erreicht, die Abläufe stimmen nicht mehr und die immer strengeren Sicherheitsvorschriften werden zum Teil nicht mehr eingehalten. Bei einem Augenschein im Alterszentrum wurde schnell klar, dass diese Vorlage alles andere als ein "Nice to have" ist. Das Eintrittsalter im Alterszentrum Herti wird immer höher. Das heisst, dass ein grosser Teil der Senioren ihre Mahlzeiten auf dem Stock oder im Zimmer einnehmen. Diese Essen müssen auf speziellen Wärmewagen in die Stockwerke gefahren werden. Da immer mehr solche Wagen benötigt werden, entsteht zur Zeit der Essensausgabe ein regelrechter Stau. Die heutige Küche ist schlicht zu eng. Auch diese Abläufe müssen geändert werden. Es wurde aber auch versichert, dass in der letzten Zeit erneuerte Kochgeräte in der neuen Küche weiter verwendet würden. Kurz: Ja, die Fraktion Alternative-CSP stimmt dem Baukredit von CHF 2,69 Mio. einstimmig zu. Trotzdem möchte man dem Stadtrat noch einige Gedanken mitgeben. Die Stiftung Alterszentren Zug liegt etwas quer in der Landschaft. Ihr gehören die Gebäude von Waldheim, Herti und Neustadt II, obwohl die Stadt sie de facto bezahlt hat. Auch heute liegen wegen eines Investitionsstaus dieser Gebäude CHF 17 Mio. für Unterhalt und Instandsetzung in einem städtischen Kässeli (Rückstellung) bereit. Die CHF 2,7 Mio. für die Küchensanierung Herti werden daraus bezahlt werden. Es ist ein eigenartiges Gefühl, immer wieder für etwas zu bezahlen, das einem de jure nicht gehört. In Kürze wird der GGR wieder CHF 1,8 Mio. für den Bau des Waldheims sprechen müssen, weil die Stadt rechtlich verpflichtet ist, den Bau von Altersheimen und Alterswohnungen finanziell zu unterstützen. Es stellt sich darum die Frage, ob es nicht besser wäre, die Altersheime von der Stadt direkt betreiben zu lassen, genau gleich wie die Stadt die Schulen, die Bibliothek oder die Musikschule auch nicht einer Stiftung übergeben hat. Die Fraktion Alternative-CSP bittet den Stadtrat, die Strukturen der Altersbetreuung genauer unter die Lupe zu nehmen und Vorschläge zu unterbreiten, wie man dieses komplizierte, nicht für alle übersichtliche System etwas entflechten könnte.

**Gregor R. Bruhin:** Die SVP-Fraktion unterstützt dieses Geschäft ebenfalls, obwohl sie grundsätzlich der Ansicht ist, dass alte oder ältere Einrichtungen und Geräte nicht grundsätzlich schlecht sind. Die Problematik aber, wie es bereits viele der Vorrednerinnen und Vorredner erkannt haben, sind vor allem die Prozesse in der Küche, die durch den jetzigen Bau und die jetzige Infrastruktur behindert und ineffizient sind. Mit dem Umbau wird das behoben. Die Effizienz wird gesteigert. In diesem Sinne möchte Gregor R. Bruhin nicht unbedingt länger werden, sondern sich grundsätzlich den Vorrednerinnen und Vorrednern inhaltlich anschliessen, ausser zusätzlich zu sagen, dass grundsätzlich der Ansatz des Stadtrates begrüsst wird, die AZZ auf den Weg zu bringen, immer mehr selbständig zu werden, und dass dies halt ein notwendiges Übel ist mit entsprechenden Kosten und Investitionen, diesen Weg zu bereiten. In diesem Sinne unterstützt die SVP-Fraktion die Vorlage.

**Richard Rüegg:** Die CVP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich die Sanierung dieser Küche, auch wenn der Betrag relativ hoch ist. Sie hofft jedoch, dass dies eine werterhaltende Investition ist und nicht bei der Sanierung des gesamten Hauses in zirka sieben Jahren als verloren gilt. Gleichfalls vermisst die CVP-Fraktion die visionären Gedanken des Stadtrates über eine Grossküche, die allfällig nicht nur für die Altersheime gekocht hätte, sondern vielleicht auch für die Mittagstische der Schulen oder den Werkhof. Diese beziehen jetzt überall ihre Essen. Somit hätte man mit einer Grossküche mehrere Fliegen mit einem Schlag erledigen können.

**Philip C. Brunner** verweist an die Adresse von Richard Rüegg darauf, dass die Frage der Grossküche einen Grossteil der GPK-Beratungen einnahm, wie aus dem GPK-Bericht und dem GPK-Protokoll ersichtlich ist. Der Fachplaner Urs Jenny nannte damals ein Problem, nämlich die Grösse dieser Küche, die etwas einschränkend ist. Dass man aber irgend einmal in diese Richtung gehen könnte, wird nicht ausgeschlossen. Gerade in nordischen Ländern ist dieses System bis zu 80 bis 90% verbreitet. Richtig ist auch, dass dadurch tiefere Kosten entstehen. Die GPK hat sich nun aber hinter diese Lösung gestellt, und der GGR kann mit gutem Gewissen dieser Vorlage zustimmen.

### **Beratung des Beschlussesentwurfes**

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 bis 5 wird das Wort nicht verlangt.

**Ratspräsident Hugo Halter** erklärt so beschlossen.

### **Schlussabstimmung:**

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 28 Stimmen einstimmig dem Antrag des Stadtrates zu.

**Stadtrat André Wicki:** Ende gut alles gut. So einfach war es nicht. Stadtrat André Wicki möchte daher ein grosses Dankeschön aussprechen an Verena Bussmann, Urs Jenny und Peter Arnold, welche die Besichtigung organisiert haben. Es hat sich einmal mehr gezeigt, dass ein Augenschein vor Ort sehr wichtig ist. Die Bewohner können sich somit Ende Oktober über die neue Küche freuen. Es geht darum, dass nicht nur der ganze Betriebsablauf wieder läuft, sondern auch hygienische, energetische und gesetzliche Vorschriften eingehalten werden. In der Umsetzung heisst das, dass jeden Tag 145 frische Gerichte auf den Tisch kommen. Die Individualität ist anders als noch vor dreissig Jahren (Diäten, Allergien, spezielle Kost usw.). Vergessen darf man auch nicht, dass sich die Bewohnenden auf das Essen freuen, es ist schon fast ein sozialer Anlass.

**Beschluss  
des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1648**

**betreffend Alterszentrum Herti: Sanierung Küche und Lüftung; Baukredit**

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2414 vom 25. Oktober 2016:

1. Für die Sanierung von Küche und Lüftung im Alterszentrum Herti wird ein Baukredit von brutto CHF 2'690'000.00 einschliesslich 8% MWST zulasten und zugunsten der Investitionsrechnung bewilligt.
2. Der Betrag wird den Einnahmen der Investitionsrechnung Objekt 993, Herti: Küchenausbau und Lüftung; durch Entnahme aus den Rückstellungen gutgeschrieben und dem Bilanzkonto 2085.02, Rückstellungen Sanierung Immobilien AZZ, entnommen.
3. Dieser Beschluss tritt unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss § 8 der Gemeindeordnung der Stadt Zug sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
5. Gegen diesen Beschluss kann
  - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
  - b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

## 8. Motion Michèle Kottelat und Silvan Abicht, beide glp, vom 11. September 2015 betreffend Versuch „Tempo 30“ auf der Achse Casino-Gubelstrasse

Es liegt vor:

Zusatzbericht des Stadtrates Nr. 2381.1

**Stefan Huber** möchte sich namens der Grünliberalen als erstes beim Stadtrat aufrichtig für die Wiederaufnahme der Motion bedanken! Ein kurzer Rückblick: "Fest steht, der Stadtrat wird sich auch nach dem Scheitern des Projekts Stadttunnel mit vollem Elan für eine Aufwertung der Zuger Innenstadt einsetzen." Meinte der Stadtrat 2015 in seiner Antwort auf die Motion von Michèle Kottelat und Silvan Abicht bezüglich Tempo 30 auf der Achse Casino Gubelstrasse. Viel Blech ist seitdem die Baarerstrasse heruntergelärmt. Und der Lärm von Tempo 50 muss wohl auch die zahlreichen Ideen und Heureka-Rufe des Stadtrates übertönt haben, denn von dessen grossem Elan, die Innenstadt aufzuwerten, hat man in den letzten zwei Jahren wenig gehört. Statt endlich und einfach und einmal mit Tempo 30 probetalber und vorübergehend auszuprobieren, Erfahrungen zu machen und Daten auszuwerten und zu begutachten, forderte damals der Stadtrat zuerst neue Gutachten. Erst dann würde sich ein Versuch lohnen. Aber diese neuen Gutachten wollte er nicht machen, weil es ja bereits Gutachten gab, alte Gutachten zwar, aber gute Gutachten. Ein Gutachten-Monopoly mit vielen Kanzlei-, aber ohne Start- und Chancen-Felder. Und liest man die Berichte des Stadtrates, wähnt man ihn in Sachen Innenstadt im Vorwärtsgang. In Tat und Wahrheit fuhr der Stadtrat bis vor kurzem im Kreis. Vor langer Zeit gab es in diesem Kreis noch eine Ausfahrt Richtung Stadttunnel, doch diese wurde leider mittlerweile gesperrt. Und statt etwas langsamer zu fahren, sich bei Tempo 30 neu zu orientieren und endlich ein Ziel zu setzen, fährt der Stadtrat aus der kruden Angst falsch zu fahren munter im Kreis weiter, sämtliche Ausfahrten werden ignoriert, es wird ein bisschen auf dem kantonalen Navigationsgerät herumgesehen und das auf der Rückbank sitzende Zuger Stimmvolk, dem vom ganzen im Kreisfahren schon ganz schwindlig ist, lullt man mit ziellosem Elan ein. Damit kann nun Schluss sein! Super! Denn einen entscheidenden Vorteil hat diese kreisende Ziellosigkeit jedoch: Falsch abzubiegen ist kaum möglich. Nach einem zweijährigen Sekundenschlaf wurde der Stadtrat nun endlich vom Bundesgericht wachgeküsst. Mit geöffneten Augen sieht nun auch der Stadtrat ein mögliches Licht nach dem Ende des Tunnels. Man kann nur gewinnen. Die Zeit, die man durch Tempo 30 vermeintlich verliert, gewinnt man durch das Wegfallen solcher Voten. "Wir können nur gewinnen wenn wir auf die Vorlage und die Motion eintreten. Wir können nur gewinnen, wenn wir zumindest einmal, einen einzigen Versuch mit Tempo 30 wagen. Und falls Tempo 30 kein Gewinn ist, so gewinnen sie zumindest das Besseres und ein Gutachten. Meine Damen und Herren wollen wir unsere wunderbare Innenstadt denn wirklich bis ans Ende unserer Tage eine Durchfahrstrasse nennen?"

**Susanne Giger:** Die Motion von Michèle Kottelat und Silvan Abicht verlangte einen Tempo 30-Versuch auf der ganzen Stadtkerndurchfahrt. Jetzt geht es offenbar auf absehbare Zeit hin nur um einen Versuch auf knapp 200 Metern. Die Fraktion Alternative-CSP ist aber überzeugt, dass sich der Blick aufs Ganze lohnt. Auch ohne Tunnel wurde schon 1983 im Befürworter-Flugblatt zum Metalli-Bebauungsplan ein schönes, fussgängerfreundliches Bild ins Auge gerückt. Was aber kam, war ein Sperrzaun in der Mitte der Baarerstrasse. Die versprochene Aufenthaltsqualität und Verkehrsberuhigung lassen bis heute auf sich warten und das hat nichts mit dem Stadttunnel zu tun. Die Fraktion Alternative-CSP ist froh, dass die Stadt die Idee des VCS: "Vorschlag für "Durchfahrt Zug" - Neues Verkehrskonzept in der Stadt, nun vertieft untersuchen lassen will. Es enthält wichtige Alternativmassnahmen zur Umsetzung des Projekts "Zentrum plus", Im Moment kann davon ausgegangen werden, dass es zumindest auf den 200 Metern der Grabenstrasse eine Tempo30-Zone geben wird. Die Fraktion Alternative-CSP wünscht sich aber etwas mehr Pep für

einen Tempo-30-Versuch auf einer längeren Strecke, mit den Zufahrtswegen. Denn lärmsanierungspflichtig sind noch viele weitere Strecken in der Stadt Zug. Die Aussagekraft des Versuches würde verstärkt und eine Übertragung der Ergebnisse auf weitere Teile des Kantons- und Gemeindestrassennetzes würde dereinst wahrscheinlicher.

**Rupan Sivaganesan:** Die SP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass die Verkehrssituation auf der Achse Casino-Gubelstrasse unbefriedigend ist. Mit dem Projekt Zentrum Plus oder mit dem Stadttunnel hätte alles besser werden sollen - jedenfalls den Argumenten der Befürworterinnen nach. So oder so: nachdem nun das Zentrum Plus Geschichte ist, müssen andere Lösungen für die innerstädtischen Verkehrsprobleme gefunden werden. Alle wollen die Wohn-, Verkehrs- und Aufenthaltqualität in der Stadt längerfristig fördern. Dies schliesst kurzfristige Massnahmen nicht aus - schon gar nicht, wenn es sich lediglich um eine Prüfung oder einen Pilotversuch handelt. Den Vorstoss der Grünliberalen oder den Entscheid der Bundesgerichts begrüsst die SP-Fraktion sehr, weil ein entsprechendes Pilotvorhaben zweckdienlich sein könnte, um zusätzliche Erfahrungen zu sammeln, die bei positivem Resultat in einer längerfristigen Perspektive und auch in anderen Quartieren berücksichtigt werden könnten. In diesem Sinne Danke für die Unterstützung. Der Dank der SP-Fraktion geht auch an die Motionärin Michèle Kottelat, die Anwohnerinnen und Anwohner, die Beschwerde geführt haben, sowie an Daniel Brunner.

**Beat Bühlmann:** Die SVP-Fraktion wird an dieser Abstimmung nicht teilnehmen und Enthaltung machen. Dies, weil der SVP-Fraktion bei der Bearbeitung des Traktandums der Flughafen Zürich in den Sinn kam. Es ist wie eine Zwängerei: man kauft dort eine Immobilie und beschwert sich dann über Lärm oder Verkehr. Das Ganze ist nicht ausgereift, das ganze Hin und Her hilft schlussendlich niemandem. Daher wird die SVP-Fraktion an der Abstimmung nicht teilnehmen und sich der Stimme enthalten.

**Joshua Weiss:** Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag des Stadtrates, auf die Vorlage einzutreten, ab und wird auch die Motion als nicht erheblich erklären. Folgende Gründe haben unter anderen zu dieser Entscheidung beigetragen: Der Überlegung des Stadtrates, die Zentrumsqualität zu verbessern, kann die FDP-Fraktion leider nicht ganz zustimmen, da zum einen schon der gewählte Standort der Grabenstrasse für eine 30er Zone nicht gerade als «Zentrum» im engeren Sinne gilt. Zum anderen ist sich die FDP-Fraktion nicht ganz schlüssig, ob nun das Tempo 30 den Lärmgehalt wirklich deutlich senken wird, da nicht zuletzt in der Nacht der Lärm durch das zusätzliche Brems- und Beschleunigungsmanöver und auch hoctourigeres Fahren eher zunimmt als zurückgeht und auf die Höhen Casino/Kolinplatz verlagert wird. Obwohl dazumal der Stadtrat selbst aufgrund verschiedener Erwägungen beantragt hat, die Motion nicht erheblich zu erklären, steht er nun einem Versuch zu Tempo 30 positiv gegenüber. Dies scheint der FDP-Fraktion ein bisschen komisch und sie überlegte sich, ob sich der Stadtrat einfach verpflichtet fühlt, sich dem Bundesgericht zu fügen. Hier nur die Anmerkung, dass die Bundesrichter auch nur normale Menschen sind. Das Durchschnittstempo liegt ja heute schon oft in der Nähe des Tempo 30, was es aus Sicht der FDP-Fraktion erübrigt, dieses Tempo 24 Stunden zu erzwingen. Es wurde in der Motion erwähnt, dass diese Tempo-30-Zone eine verkehrsberuhigende Massnahme ohne Diskriminierung der einzelnen Verkehrsteilnehmer sei. Diesem Punkt muss die FDP-Fraktion auch widersprechen, da das Tempo 30 allen Fussgängern ein vermeintliches Gefühl von Sicherheit vermittelt, was Unachtsamkeit genau dieser Verkehrsteilnehmer mit sich zieht. Genau diese unvorsichtige Haltung gegenüber dem Strassenverkehr wird dann allen Motorfahrzeugführern und auch den Velofahrern zum Verhängnis, da Fussgänger noch mehr als sonst einfach auf die Strasse laufen, ohne vorher auch nur einmal um sich zu schauen. Somit wird das Sicherheitsniveau stark gesenkt, was sicher nicht der Motion entspricht. Als ein weiteres Problem sieht die FDP-Fraktion bei einer Einführung einer Tempo-30-Zone die Zugerbergstrasse, welche laut Gesetz zu einem Rechtsvortritt umgewandelt werden

müsste. Hier könnten sowohl baulich Veränderung, sowie auch Probleme bei der Verkehrsführung zu Stosszeiten anfallen, da jegliches Fahrzeug, welches von der Zugerbergstrasse in die Grabenstrasse einbiegt, Vortritt hat. Dies könnte den morgendlichen Stau ins Unermessliche führen. Als letzten Punkt empfiehlt Joshua Weiss persönlich seinen Nachbarn, welche unter den Beschwerdeführern sind: Auch seine Familie und Joshua Weiss wohnen und schlafen teils in Richtung der Grabenstrasse, und dies sehr gut. Deshalb kann Joshua Weiss ihnen nur anraten, vielleicht das Schlafzimmer zu wechseln, bevor man sich teure neue Fenster einbauen lässt. Aufgrund seiner Ausführungen bittet Joshua Weiss um Unterstützung, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

**Benny Elsener:** Die CVP-Fraktion nimmt Vorlage des Stadtrates zur Kenntnis, wird darauf eintreten und die Motion erheblich erklären. Zu erwähnen ist, dass man vor Tatsachen gestellt wird, welche der GGR nicht beeinflussen kann, denn es handelt sich ja bekanntlich um eine Kantonsstrasse und liegt deshalb in der Obrigkeit des Kantons. Benny Elsener macht sich zu dieser Motion einfach folgende Gedanken: Um eine Tempo 30 Zone zu erwirken, braucht es Kriterien, welche erfüllt werden müssen. So muss es z. B. eine Nebenstrasse sein und der Durchgangsverkehr muss von geringer Bedeutung sein. Diese zwei Kriterien werden nicht erfüllt. Benny Elseners Gedanken gehen weiter: Wenn ein Lärm-Alarmwert überschritten wird, müssen Massnahmen ergriffen werden. Diese wurden ja vom Steuerzahler schon ergriffen, an der Grabenstrasse bekamen insgesamt 18 Häuser Schallschutzfenster. Aus der Vorlage entnimmt Benny Elsener, dass die Schallmessungen bei offenem Fenster erfolgen müssen. Warum wurden dann teure Schallschutzfenster eingebaut? Welches Amt kommt auf die glorreiche Idee, in einer Stadt bei offenen Fenstern, Messungen zu machen und die zu beurteilen? Auf dem Land hört man die Kuhglocken, wer neben einer Kirche wohnt, hört die Kirchenglocken und wer in der Stadt wohnt hört die Stadtgeräusche - und alles mit der Wahrung der Verhältnismässigkeit. „Nun warten wir das Messergebnis ab und hoffen, dass wir nicht weitere teure und unnötige Vorschriften hinnehmen müssen.“

**Gregor R. Bruhin** möchte das Fraktionsvotum der SVP etwas präzisieren. Grundsätzlich ist die SVP-Fraktion der Auffassung, dass, wenn das von Bern oder vom Bundesgericht aufgezwungen wird und so oder so in irgendeiner Form kommt, die Stadt Zug machtlos ist. Da wäre eigentlich die konsequente Haltung, dass man sich enthalten wird. Wenn aber den bürgerlichen Vorrednern zugehört wird, welche Widerstand leisten wollen, da macht die SVP-Fraktion gerne mit. In diesem Sinne wird die SVP-Fraktion die Nichterheblicherklärung der Motion geschlossen unterstützen.

**Stadtrat Urs Raschle:** Es ist sehr spannend, und man merkt den Elan. So viel Elan wie Stefan Huber das vorgezeigt hat, hat Stadtrat Urs Raschle nicht. Es ist ganz klar, dass der Stadtrat diesbezüglich nicht im Kreis fährt. Er ist sich bewusst: dies ist eine sehr komplexe und auch nicht ganz einfache Aufgabe. Da braucht es Zeit, die beste Lösung zum Thema Zentrum Plus zu finden. Gerade die Möglichkeit des VCS ist durchaus eine Option, welche nun der Stadtrat genauer prüfen möchte. Zudem wird der Stadtrat in nächster Zeit dem GGR eine Vorlage betr. Umbau des Postplatzes vorlegen. Genau der Postplatz spielt auch in dieser Rolle eine wichtige Karte. Es besteht hier eine Chance, für einmal einen Test einer 30er Zone mitten in der Innenstadt durchzuführen. Es ist nicht die Stadt, welche diesen Versuch macht, sondern der Kanton. Es gibt dazu einen Bundesgerichtsentscheid, weshalb man durchaus von einem Druck von aussen sprechen kann. Dies jedoch nicht gegenüber dem Stadtrat, sondern gegenüber dem Regierungsrat. Das Bundesgericht ist übrigens nicht in Bern, sondern in Lausanne. Deshalb ist es für den Stadtrat und für alle eine Chance, nun genau zu beobachten, was jetzt passiert. Der Stadtrat ist mit den Vertretern des Tiefbauamtes zusammengesessen und hat Überlegungen angestellt, welches die beste Strecke ist, um diese Messungen vorzunehmen. Dabei ist man zum Schluss gekommen, dass der Vorschlag des Kantons übernommen wird, nämlich die Grabenstrasse ohne weitere Strassen wie z.B. die Zugerbergstrasse

hiefür vorzusehen. Diese Vorarbeiten sind bereits weit fortgeschritten. Bald werden auch die Anwohnerinnen und Anwohner darüber informiert werden. Anfangs und Ende Sommer kann dann die Messung vorgenommen werden. Dazu gibt es eine 30er Zone, und man darf da nur mit 30 kmh unterwegs sein, ohne jedoch irgendwelche Hindernisse. Man muss dann also mit dem Auto sofort auf 30 kmh reduzieren, wenn man dort vorbeifährt. Wie es mit den Bussen ausschaut, das ist noch ein anderes Thema und liegt in der Kompetenz der Polizei. Anschliessend werden die erhobenen Daten ausgewertet. Zur Thematik mit den offenen Fenstern: es geht darum, einmal alle möglichen Daten auswerten zu können. Deshalb sind auch unterschiedliche Partner mit an Bord, welche daran interessiert sind. Wenn die Auswertungen vorliegen, wird das weitere Vorgehen mit dem Kanton besprochen. Stadtrat Urs Raschle ersucht daher den Rat, die Motion anzuerkennen, geht es doch nur darum, das Interesse an diesem Versuch kundzutun. Wie es weiter geht und ob dann einmal die ganze Innenstadt eine 30er Zone sein wird oder nicht, das ist nicht auf diesem Papier geschrieben. Das wird Schritt für Schritt und mit der nötigen Achtsamkeit angegangen.

**Astrid Estermann:** Eine kleine Ergänzung zum Votum von Joshua Weiss, welcher davon gesprochen hat, dass die Velofahrenden und Fussgänger dann vielleicht weniger achtsam sind. Das ist aber nur ein Gefühl von Joshua Weiss. Astrid Estermann weiss aber, dass es klare Daten gibt, wonach es in 30 km-Zonen weniger Unfälle von Fussgängern und Velofahrenden gibt. Zudem sind diese Unfälle auch bedeutend geringer schwer. Das sollte auch etwas dafür sprechen, dass eine 30er-Zone sehr wohl Sinn macht.

**Joshua Weiss:** Diese 30er-Zonen, die Astrid Estermann wahrscheinlich meint, sind eher in Quartieren und nicht mitten bei einer Bushaltestelle, Migros usw., wo sich Joshua Weiss selber auch oft erwischt hat, dass er einfach über die Strasse rennt.

**Monika Mathers:** Darum ist die 30er Zone so wichtig. Monika Mathers hat Mühe mit dem Wort „sowieso“. Sie findet den Stadtrat etwas kleinmütig, wenn er den Versuch nur zwischen Casino und Kolinplatz machen will. Meistens fährt man hier sowieso nur 20 kmh oder steht sogar. Es kann hier sicher nicht von einer Zone gesprochen werden, sondern eher von einem zögerlichen Anfang.

**Stadtpräsident Dolfi Müller** spricht als einer der grossen Verlierer der Stadttunnel-Abstimmung. Damals ging es nicht um den Tunnel, er war ein Mittel zum Zweck. Der Zweck war das Zentrum plus. Auch ohne Stadttunnel ist Zentrum plus mindestens als Lightversion immer noch möglich. Es ist aber nur dann möglich, wenn alle hier einigermaßen geschlossen auftreten. Wenn nicht, dann wird der Kanton das Heft vollständig übernehmen. Es geht dabei nicht um Tempo 30, sondern um Massnahmen in diesem Bereich, wo Zentrum plus mindestens in einer Lightversion umgesetzt werden kann. Es kann doch nicht sein, dass die Stadt an der wichtigsten Hauptachse von Zug die Sache dem Kanton überlässt. Das kann nicht eine rein juristische Betrachtungsweise sein. Die Motion - wenn sie überwiesen wird - ist dann der Auftrag an den Stadtrat, für die Stadt etwas zu machen. Nicht Tempo 30, sondern sinnvolle Massnahmen. Sonst gibt es kein Mü von Zentrum plus. Wenn man sich jetzt hier die Köpfe einschlägt, ist es das falscheste Signal, das es überhaupt gibt.

**Abstimmung**

über den Antrag des Stadtrates, die Motion erheblich zu erklären:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 17 Ratsmitglieder, für die Nichterheblicherklärung stimmen 14 Ratsmitglieder.

**Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass der GGR mit 17 zu 14 Stimmen den Antrag des Stadtrates gutgeheissen und die Motion Michèle Kottelat und Silvan Abicht, glp, betreffend Versuch „Tempo 30“ auf der Achse Casino-Gubelstrasse somit erheblich erklärt hat.

## 9. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 28. Mai 2015 betreffend Belebung Arenaplatz

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrats Nr. 2422 vom 20. Dezember 2016

**Astrid Estermann:** "Wissen Sie eigentlich, weshalb der Arenaplatz von der Zuger Bevölkerung nicht belebt wird? Wissen Sie, weshalb die Bewohner/innen von Zug West diesen Platz nicht aktiv nutzen?" Vor der Abstimmung zum Eisstadion wurde dieser Platz von den Architekten und dem Stadtrat als DER neue Platz angepriesen: Der grösste in Zug, welcher neue Begegnungen ermöglicht, welcher eine zentrale Funktion im Quartier Zug West spielen wird - sozusagen ein Herzstück des Quartiers. Nun, es wollte so nicht kommen. Sind die Bewohnerinnen und Bewohner von Zug West zu wenig dankbar oder zu langweilig oder liegt es vielleicht doch an der Gestaltung des Platzes? Nun, das wird weiterhin ein Rätsel bleiben. Der Stadtrat hat in seiner Beantwortung der Interpellation kein Interesse gezeigt, dieser Frage näher nachzugehen. Das findet die Fraktion Alternative-CSP eigentlich schade. Ist es nicht so, dass es sinnvoll wäre, zu wissen, weshalb ein architektonischer Wurf oder eben ein Platz funktioniert und weshalb nicht? Astrid Estermann hofft nur, dass bei einem Ja zum Unterfeld die Architekten dieses Mal besser wissen, ob dieser Innenhof auch tatsächlich mit Leben gefüllt wird. Plätze, auf denen nichts geschieht, «töteln» und sind auch Nährboden für Kriminalität. Deshalb ist die Fraktion Alternative-CSP auch nicht glücklich, dass der Stadtrat bei einer Möbelierung des Platzes - diese könnte übrigens auch mobil sein - gleich an Vandalen und Littering denkt. Wenn man so denkt, dann lohnt es sich nie, auch irgendwo nur einen Stuhl oder eine Bank oder einen Brunnen hinzustellen. Der Stadtrat sagt damit eigentlich, dass ihm ein toter Platz lieber ist als ein Platz, der genutzt wird und dann allenfalls Abfall hinterlässt. Mit dem Ausbau der Sportplätze hat eine allfällige Möbelierung des Platzes nichts zu tun. Schliesslich möchte die Fraktion Alternative-CSP aber dem Stadtrat ganz herzlich danken, dass er sich dafür eingesetzt hat, dass die Miete des Platzes markant günstiger geworden ist und dass es auch nur noch einen Ansprechpartner geben wird. Mit diesem Betrag ist es jetzt eher realistisch, dass auch tatsächlich etwas auf dem Platz gemacht werden kann. Die Fraktion Alternative-CSP fragt sich zwar, wer denn den Fehlbetrag nun übernehmen wird - vielleicht mag der Stadtrat noch was dazu zu sagen. Es ist aber zu hoffen, dass damit ein erster Grundstein für die Belebung des Arenaplatzes gelegt ist.

**Gregor R. Bruhin** beantragt Diskussion.

**Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit die Diskussion stillschweigend als beschlossen erscheint.

**Gregor R. Bruhin:** Die SVP-Fraktion sieht es ein bisschen anders als Astrid Estermann. Sie dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Vorstosses und geht mit ihm einig. Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich der Auffassung, dass die Animation von Plätzen nicht Staatsaufgabe ist. Man sollte dort auch etwas zurückhaltend sein mit weiteren Bauten, unabhängig davon, ob sie mobil oder nicht mobil sind. Vor allem, wenn man bedenkt, dass dort dann gewisse Ausschreitungen im Zusammenhang mit Sportanlässen geschehen können. Der Stadtrat macht aber auch etwas, das eine Animation schafft und der Platz besser genutzt werden kann, nämlich indem er eine Gebührenreduktion erreicht hat, dass für nicht kommerzielle Anlässe diese horrenden Gebühren von fast CHF 2'500.00 und die horrenden Gebühren für Auf- und Abbautage massiv gesenkt oder ganz gestrichen wurden. Das sollte der richtige Ansatz sein: Gebühren und Bürokratie sollen tief gehalten werden. Somit wird ein Anreiz geschaffen für Leute, etwas zu machen. Vor allem im nicht kommerziellen Bereich, wo man ja nichts verdient, sondern etwas für das Allgemeinwohl

oder einfach zum Geselligkeitsbefinden machen möchte. Es ist schön, zu sehen, dass man hier mit den Gebühren runter geht, andernorts mutiert der Stadtrat zum Gessler, zum Gebührenvogt, indem er mit verschiedenen Vorlagen kommt und die Gebühren erhöht wie gestört. Das ist hier nicht der Fall. Darüber freut sich die SVP-Fraktion. Sie teilt den Ansatz des Stadtrates: Tiefe Gebühren und wenig Bürokratie sind der beste Anreiz, dass man ungezwungen etwas entstehen lassen kann.

**Richard Rüegg** dankt als Bewohner des Hertiquartiers den Interpellanten und dem Stadtrat für die Antwort. In Antwort 5 ist zu lesen, dass der gesamte Platz durch eine privatrechtliche Organisation vermarktet werden soll. Die Rede ist vom EVZ in Zusammenarbeit mit der Kunsteisbahn AG. Richard Rüegg stellt dazu folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Nach seinen Informationen wurde das Recht zur Vermarktung an den EVZ und die Kunsteisbahn AG ohne Kostenfolge, also gratis abgegeben. Stimmt das?
2. Wenn nicht, wieviel erhält die Stadt vom EVZ und der Kunsteisbahn AG für die Rechte der Nutzung für den Arenaplatz, öffentlicher wie auch gedeckter Teil?
3. Es stellt sich nun die Frage: wie erhält man als Verein der Stadt Zug ebenfalls einen öffentlichen Platz zur Vermarktung und freier Benutzung, so wie der EVZ? Die Letzibuzäli würden sich freuen, für den Landsgemeindeplatz oder den Bundesplatz diese Rechte zu erhalten.

**Daniel Blank:** Der Arenaplatz ist auf dem Weg zur Besserung, langsam aber sicher kehrt darauf Leben ein. Dies begrüsst die FDP-Fraktion sehr. Ihrer Meinung nach ist es Aufgabe der Stadt, zu schauen, dass vielseitige öffentliche Räume entstehen und gebaut werden. Es ist aber nicht die Aufgabe der Stadt, auf diesen ein Unterhaltungsprogramm für die Bevölkerung zu organisieren.

**Stadtrat Urs Raschle:** Die GGR-Mitglieder haben bestimmt festgestellt, dass der Stadtrat etwas spät gekommen ist. Dies war aber mit den Interpellanten so vereinbart. Dem Stadtrat war es wichtig, dass, wenn dies entsprechend präsentiert wird, dazu auch etwas gesagt werden kann. Die Verhandlungen mit der KEB, dem EVZ und der CS dauerten etwas länger. Doch nun ist der Stadtrat überzeugt, ein gutes Produkt präsentieren zu können. Der Arenaplatz soll leben, zumindest in einem gewissen Masse. Er soll Veranstaltungen ermöglichen, von denen man bisher in Zug nur träumen konnte oder sie kaum erleben konnte. Man wird es dann sehen. Es kann aber nicht die Aufgabe der Stadt sein, selber auch noch Interpreten und Musikstars zu organisieren, dafür gibt es Experten wie z.B. der EVZ. Stadtrat Urs Raschle stellt zugleich klar, dass hier von der EVZ Gastro die Rede ist und nicht vom Hockeyclub selber. Die EVZ Gastro hat die entsprechenden Kontakte und bat vor über einem Jahr den Stadtrat darum, diese Möglichkeit zu erhalten. Was bekommt die Stadt finanziell vom EVZ? Die Antwort ist einfach: nichts. Die Stadt erhält aber einen Mehrwert in Sachen Veranstaltungen. Es muss aber klar gesagt werden: es gibt weiterhin zwei Plätze, nämlich den Platz unter dem Dach, der nun für nicht mehr CHF 2'500.00, sondern für gemeinnützige Veranstaltungen für CHF 300.00 erhältlich ist. Das wäre eine Möglichkeit für die Letzibuzäli. Dieser Platz ist bedeutend günstiger als beispielsweise der Landsgemeindeplatz. Als zweiten gibt es noch den öffentlichen Platz, welcher weiterhin über die Stadt auch mit den Finanzen gemanagt wird. Der EVZ tritt also als Singlepoint of contact auf, der finanzielle Aspekt fliesst aber in die Stadtkasse. Das sieht Stadtrat Urs Raschle durchaus als eine Win-Win-Situation, können doch so mittelfristig attraktive Konzerte und Shows angeboten werden, die Stadt bekommt aber auch etwas davon. Es wurde die Frage aufgeworfen, wer die schwächeren Karten hat aufgrund der Finanzen. Bis jetzt hat der Platz unter dem Dach CHF 2'500.00 gekostet, nun sind es für gemeinnützige Veranstaltungen noch CHF 300.00. Somit ist also die KEB etwas in der schwächeren Position. Wenn man die Liste anschaut, wieviele Veranstaltungen gemeinnütziger Art auf diesem Platz bisher stattgefunden haben, ist man bei einer sehr kleinen Zahl, nämlich null. Die Stadt erhält

somit auch eine Chance, dass gemeinnützige Veranstalter auf den Arenaplatz aufmerksam werden und z.B. als "Chüngelizüchterverein" oder als Letzibuzäli mit dem EVZ Kontakt aufnehmen, um dort eine Veranstaltung durchzuführen. Die Stadt erhält hier eine Chance, die mit Interesse aufgenommen wird. Die CS ist bereit, diesen Versuch über zwei Jahre laufen zu lassen. Im Jahr 2018 folgen wieder Gespräche, um das weitere Vorgehen entscheiden zu können. Bis dahin haben auch die GGR-Mitglieder die Chance, den Arenaplatz zu nutzen oder die eine oder andere Veranstaltung zu geniessen. Schon jetzt viel Spass!

**Urs Bertschi:** Ein phänomenales Verhandlungsergebnis! Einmal mehr: Es gelingt dieser Stadt regelmässig, die heissen Kartoffeln aus dem Ofen zu holen. Erstaunlich ist, dass immer die gleichen Profis zum Handkuss kommen. Urs Bertschi dachte, die EVZ Gastro sei im Gastrobereich tätig und nicht in der Veranstaltung von dereinst beglückenden Veranstaltungen. Dass die Stadt dies wieder zum Nulltarif abgibt, das findet Urs Bertschi obercool. Er schlägt vor, vielleicht auch die Verwaltung dieser Stadt demnächst irgendeinem solchen Profi zu übergeben, dann weiss man mindestens, dass anständig verhandelt wird. "Uns gelingt es definitiv nie."

**Monika Mathers** gehört zu den wenigen, die bereits im GGR waren, als dieser Platz in der Planungsphase so gross angepriesen wurde. Monika Mathers erinnert sich an die Äusserung des damaligen Stadtpräsidenten, wie phantastisch dieser Platz sein werde und was da alles passieren würde. Jetzt ist aus der Interpellationsantwort zu entnehmen, dass man den Platz lieber nicht möblieren möchte, da dies zu Littering führen könne. "Ich bitte Sie, bitte demontieren Sie alle Bänke am Seeufer, dann hätten wir vielleicht weniger Littering." Man erinnere sich an die Entstehung der ganzen Rebellsgeschichte. Die Rebels spielten auf einem öffentlichen Platz. Daneben hat jemand gebaut, und da wurde es zu laut. Wenn man nun sagt, man habe mit der CS verhandelt, kommt es Monika Mathers ähnlich vor. Monika Mathers war und ist der Meinung, dass dieser Platz öffentlich ist. Wenn die CS ein Haus daneben gebaut hat, warum muss die Stadt mit ihr verhandeln und hat nun das Glück, dass sie für zwei Jahre hier etwas ausprobieren kann? Manchmal hat Monika Mathers den Eindruck, dass die Stadt nicht stark genug verhandelt.

**David Meyer:** Der GGR ist das städtischen Parlament, und es ist wichtig, dass man hier auch eine Stadt macht, die lebt. Es gibt Plätze, die müssen belebt werden. Beim Arenaplatz ist augenfällig, dass dies so heute nicht der Fall ist. Im Zentrum der Bestrebungen muss also sein, diesen Platz zu beleben. Ob da noch ein paar Franken in die Kasse kommen, ist sicher nicht im Zentrum der städtischen Überlegungen. David Meyer erwähnt dazu ein Beispiel aus Zürich, was jedoch schon eine Weile her ist: Da gab es unbenutzte Häuschen bei den Tramstationen. Jemand kam dann auf die glorreiche Idee, hier Restaurants zu installieren. Nach ein paar Jahren florierte diese Einrichtung. Dann wollte die Stadt auch etwas verlangen und hat diese Häuschen nicht mehr gratis abgegeben. Das ist ein Mechanismus, wie man diese toten Häuschen beleben konnte und die Stadt Zürich heute etwas Geld davon erhält. Der beim heutigen Thema vorgeschlagene Weg ist richtig: zwei Jahre schauen, beleben und dann wieder entscheiden.

#### **Ergebnis:**

**Ratspräsident Hugo Halter** stellt fest, dass die **Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 28. Mai 2015 betreffend Belebung Arenaplatz beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

## 10. Mitteilungen

**Ratspräsident Hugo Halter:** "Ich habe die Ehre, eine Würdigung vorzunehmen. Unsere Ruth Schorno durfte am 1. Januar dieses Jahres ihr 25-Jahr-Jubiläum bei der Stadt feiern. Ruth ist eine stille und kompetente Schafferin, sowohl im GGR als auch in verschiedenen Gremien. Im Namen des GGR danke und gratuliere ich dir zu deiner Arbeit und zu diesem Jubiläum. Wir wissen, dass du nicht nur gerne Blumen, sondern auch Schokolade hast. Darum bitte ich dich, kurz hervorzutreten. Herzlichen Dank. Alles Gute und auf weitere 25 Jahre."

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

**Dienstag, 21. Februar 2017, 17.00 Uhr**

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber